



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3spaltene Zeile 1,- Reichsmark Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Reallohn und Konjunktur.

Wenn die Arbeiterchaft eine Lohnbewegung einleitet, muß sie hören, daß sie wieder einmal die Konjunktur gefährdet. — also all das Elend der Krise selbst heraufbeschwört. Nur sind wir gewohnt, daß die Unternehmer alles behaupten und „beweisen“, was ihnen in den Kram paßt. Es ist auch leicht nachzuweisen, daß sie in dieser Frage den wirklichen Sachverhalt auf den Kopf stellen.

Der Wellengang der kapitalistischen Wirtschaft, der Wechsel zwischen Konjunktur und Krise, ist lange als eine Naturnotwendigkeit betrachtet worden. Es gab eine Zeit, in der man allen Ernstes die Sonnenflecken dafür verantwortlich machte. Das ist gerade kein gutes Zeichen für den Scharfsinn der bürgerlichen Nationalökonomie und der Blattister der kapitalistischen Wirtschaft. Heute ist sich wohl die ernstzunehmende Wissenschaft darüber klar, daß die ständigen Störungen auf ein Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch zurückzuführen sind, das bei einiger Einsicht und etwas gutem Willen nahezu ausgeglichen werden kann.

Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ist viel größer als ihre Ausnützung. Leerstehende Fabriken, müde Hände und auf der anderen Seite Mangel an allem zum Leben Notwendigen. Woran das liegt? Waren gibt es genug, aber sie finden keine Käufer, die sie bezahlen können. Der Bedarf ist da, — wenn nur die Kaufkraft vorhanden wäre, könnte die Wirtschaft aus ihrer Lähmung gerissen werden. Hebung der Kaufkraft ist darum die wichtigste Voraussetzung für die Entfaltung der produktiven Kräfte.

Was für die ganze Entwicklung der Wirtschaft gilt, trifft ebenso für den kleinen Abschnitt zu, den man Konjunktur nennt. Durch eine Steigerung der Nachfrage, die auf sehr verschiedene Ursachen zurückgehen kann, wird die Konjunktur eingeleitet. Die einmal in Gang getretene Produktion wächst rasch an. Gemäß steigt auch die Kaufkraft der breiten Masse. Hunderttausende bekommen Arbeit und auch das Lohnniveau wird etwas erhöht werden, — aber im ganzen bleibt doch die Kaufkraft weit hinter der Produktionssteigerung zurück. Die Erzeugung wächst stärker als der Verbrauch. Das Mißverhältnis zwischen beiden nimmt rasch zu. Der Markt wird gefüllt, schließlich überfüllt. Die Einschränkung der Produktion, die Krise mit Arbeitslosigkeit und Lohnruhr, läßt sich dann nicht mehr vermeiden.

Eine vernünftig geleitete Wirtschaft müßte also in erster Linie danach streben, Erzeugung und Verbrauch ins Gleichgewicht zu bringen und darin zu erhalten. Die Anpassung kann grundsätzlich auf zwei Wegen erfolgen. Entweder wird die Produktion soweit gedrosselt, daß sie dem niedrigen Stand der Kaufkraft entspricht — diese Methode wird besonders von den Kartellen der Unternehmer angewendet, — oder die Kaufkraft wird entsprechend der wachsenden Erzeugung gehoben — das ist das Ziel der Gewerkschaften. Beide Wege sind praktisch möglich. Man kann nicht zweifeln, welcher nicht nur im Interesse der Arbeiterchaft, sondern im Interesse der ganzen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung gegangen werden sollte.

Die gegenwärtige Konjunktur befindet sich in der Phase der Hochspannung. Eine verheerende Wirtschaftspolitik kann in kürzester Frist einen empfindlichen Rückschlag bringen, wird aber der richtige Weg eingeschlagen, dann ist nicht einzusehen, warum sie nicht, mit Ausnahme kleiner Schwankungen, durchgehalten werden kann. Voraussetzung hierfür ist, daß man zwischen Erzeugung und Verbrauch kein so großes Mißverhältnis entstehen läßt, daß dessen gewalttätiger Ausgleich durch eine Krise kommen muß.

Bei den letzten Wirtschaftsdebatten im Reichstag ist auch diese Frage zur Erörterung gekommen. Schon im Oktober hatte der völksparteiliche Reichswirtschaftsminister Curtius geäußert, daß er im Zurückbleiben der Kaufkraft nach keine Gefahr für die Konjunktur sehe, sondern daß Schwierigkeiten eher vom Kapital-

Weihnachtsunterstützung für arbeitslose, kranke und invalide Mitglieder.

Auch in diesem Jahre will der Verbandsvorstand den am härtesten unter der Ungunst der Zeit leidenden Kolleginnen und Kollegen eine kleine Weihnachtsfreude bereiten. Nach den gemachten Erfahrungen ist diese Maßnahme des Verbandsvorstandes von den Mitgliedern immer mit voller Befriedigung aufgenommen worden. Nirgendwo werden in Kollegenkreisen die aus irgendeinem Grunde Erwerbslosen zu Weihnachten vergessen, überall wird und soll ihrer gedacht werden, fast in jedem Orte sind Sammlungen eingeleitet, um den bedürftigen Kolleginnen und Kollegen eine bescheidene Hilfe zur Weihnachtsfreude zu gewähren. Dazu will auch der Verbandsvorstand wieder beitragen, ein Schimmer Freude soll in das Heim unseiner arbeitslosen, kranken und invaliden Mitglieder zum Weihnachtsfest wenigstens kommen. Die Weihnachtsunterstützung soll im selben Ausmaße zur Auszahlung gelangen, wie im vor-ges. Jahre, und zwar, wie schon gesagt, an arbeitslose, ausgesteuerte, kranke und invalide Mitglieder. Eine für die zu unterstützenden Mitglieder als Verbesserung in Betracht kommende Verringerung ist aber insofern beschlossen worden, als die Unterstützungssätze nicht unter drei Mark betragen sollen. Es kommen zur Auszahlung an:

Arbeitslose.

Jedes arbeitslose Mitglied, das in der Woche vom 19. bis 24. Dezember d. J. arbeitslos gemeldet ist, erhält eine Weihnachtsunterstützung nach folgenden Bestimmungen:

Unterstützungsberechtigte Arbeitslose erhalten denselben Satz an Weihnachtsunterstützung, den sie für die Woche vom 19. bis 24. Dezember als laufende Arbeitslosenunterstützung beziehen.

Ausgesteuerte Arbeitslose erhalten als Weihnachtsunterstützung den Betrag ausgezahlt, den sie in der letzten Unterstützungswoche für sechs Tage als Arbeitslosenunterstützung bezogen haben.

Noch nicht bezugsberechtigte Mitglieder erhalten für sechs Tage den Satz der Arbeitslosenunterstützung ihrer Beitragsklasse, den sie nach 52wöchiger Beitragsleistung beziehen würden.

mangel zu erwarten seien. Er hat diese Ansicht noch nicht geändert, — die Zahlen, die er aber zu ihrer Begründung angibt, sprechen deutlich gegen ihn. Die Lebenshaltungskosten stiegen von 1422 im Oktober 1926 auf 150,2 im Oktober 1927, das heißt um 5,6 Proz. Die Produktion ist aber um wenigstens 20 bis 25 Proz. gewachsen. Daraus kann man ersehen, in welchem gewaltigen Umfang die Gewinne zugenommen haben müssen, denn von einer Erhöhung der Löhne in diesem Ausmaße hat kein Arbeiter etwas gemerkt.

Auf die Dauer kann dieses Mißverhältnis nicht aufrechterhalten bleiben. Entweder die Industrie geht von selbst zur Produktionsreduzierung über, wenn sich die ersten Zeichen der Verstopfung der Märkte zeigen — das ist der Weg in die neue Krise hinein —, oder es wird die Kaufkraft entsprechend gehoben. Vorläufig ströben sich die Industriellen mit aller Kraft dagegen. Wenn sie im Lauf des nächsten Jahres den gleichen Widerstand zeigen, hängt die Konjunktur in erster Linie von der Macht der Gewerkschaften ab, die Lohnhöhungen erzwingen.

Den „Führern der Wirtschaft“, die auf ihre Leistungen so stolz sind, kann es gleichgültig sein, wie sie sich gegen die Krisen helfen wenn sich nur ihre Gewinne nicht schmälern. Für die Arbeiterchaft aber gibt es nur einen Weg, die Hebung der Kaufkraft, und nur ein Mittel, den Zusammenschluß in starken Gewerkschaften, die ihre Ziele erkämpfen können und nicht auf die Einsicht und den guten Willen der Unternehmer angewiesen sind.

In jedem Falle aber muß die zur Auszahlung kommende Sonderunterstützung mindestens drei Mark betragen.

Für jedes Kind bis zu 14 Jahren erhalten die Arbeitslosen aller drei vorgenannten Gruppen außerdem noch einen Zuschlag von zwei Mark.

Kranke.

Alle in der Woche vom 19. bis 24. Dezember d. J. im Krankenstand befindlichen Mitglieder, die keine Krankenunterstützung vom Verbands mehr beziehen — also ausgesteuert sind —, erhalten als Weihnachtsunterstützung den Betrag ausgezahlt, den sie für sechs Tage als Krankenunterstützung nach ihrer Beitragsklasse und Mitgliedsdauer beziehen würden. Auch sie erhalten für jedes Kind bis zu 14 Jahren einen Zuschlag von zwei Mark.

Invalide.

Alle Arbeits- und Altersinvaliden, für die die Voraussetzungen des § 5 Ziffer 4 des Verbandsstatuts zutreffen, erhalten als Weihnachtsunterstützung den Betrag, den sie für sechs Tage Arbeitslosenunterstützung in der Beitragsklasse beziehen würden, in der sie vor ihrer Invalidität Beiträge geleistet haben. Sie erhalten ebenfalls für jedes Kind bis zu 14 Jahren einen Zuschlag von zwei Mark.

Auch für ausgesteuerte kranke und invalide Mitglieder ist der Mindestbetrag auf drei Mark ohne die Kinderunterstützung festgesetzt worden.

Die Hilfsbereitschaft der Kollegenschaft am Ort soll natürlich durch den Beschluß des Verbandsvorstandes in keiner Weise eingeengt werden. Die zu unterstützenden Mitglieder werden es gemäß nicht ablehnen, wenn durch Sammlungen oder Extrabeiträge die vom Verbandsvorstand ausgelegten Beträge noch erhöht werden. In der Not hat der Arbeiter nur einen Freund, seine Kollegen und den Verband. Ihre Hilfe ist willkommen, sie kränkt und beschämt nicht. Erweisen wir also unsern Kolleginnen und Kollegen sehr gern die kleine Freude, wer weiß, ob sie beim nächsten Male nicht uns helfen müssen.

Das Schlichtungswesen.

II.

Der Zwangstarif.

Mit dem Zwangstarif (oder Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruchs) erhält das Schlichtungswesen eine große Bedeutung und Problematik. Unter Zwangstarif verstehen wir die Herbeiführung einer Kollektivvereinbarung (Tarifvertrag) gegen den Willen einer, eventuell beider beteiligten Tarifparteien. Die Nichtzustimmung zum Schiedspruch wird durch die Verfügung, ein Schiedspruch wird Geleis. Gegenüber dem normalen Zustandekommen eines Tarifvertrages sehen wir eine Veränderung insofern, als der Staat in der Lage ist, von sich aus den Inhalt der Tarifverträge zu bestimmen, so daß die Parteien oder Organisationen beim Zustandekommen eines Tarifvertrages ganz oder zum Teil ausgeschaltet werden können und ferner das Streit- und Ausspernungsrecht eine Beschränkung erfährt. Sind diese drei Hauptpunkte nun mit dem gewerkschaftlichen Streben in Einklang zu bringen.

Die Schlichter bzw. der Reichsarbeitsminister sind Organe des Staates. Die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruchs durch Organe des Staates kommt also einer Tariffestsetzung durch die Staatsgewalt gleich. Wir haben schon bei der Betrachtung der Schlichtung gesehen, daß der Staat Interesse für die ausgebrochenen Arbeitsstreitigkeiten hatte und durch Schlichtungsversuche hier eingriff. Diesen Schlichtungs-

versuchen gleibert der Staat die Zwangsweise Belegung der Streitigkeiten an. Durch das Schlichtungswesen kann also die Staatsgewalt sich nicht nur in den Vertragsabschluss einmischen, sondern ihn von sich aus werden. Wir haben weiter oben den Staat das Recht der Einmischung in Arbeitsstreitigkeiten zuerkennen und haben fern- und festgestellt, daß der Staat auch Träger zur Ausbreitung des Tarifvertragsgedankens geworden war (Tarifvertragsverordnung vom 23. Dezember 1918). Es lag nun eigentlich im Sinne gewerkschaftlicher Bedankungen, wenn der Staat dazu überging, auch Maßnahmen zu schaffen, die dem Tarifvertragsgedanken Geltung verschaffen. Ein Mittel war der Zwangstarif. Stellen wir also zuerst fest, daß der Zwangstarif Mittel ist, um den Tarifvertragsgedanken auch denen nahe zu bringen, die aus Prinzip oder liberaler Tradition heraus den Abschluß von Tarifverträgen ablehnen. Dies bedeutet für die Gewerkschaften zweifellos einen Erfolg, denn es lag ja auf dem Wege gewerkschaftlichen Strebens, dem Kollektivprinzip zum Durchbruch zu verhelfen. Groß war zwar schon die Zahl der Organisationen, die auf Grund ihrer organisatorischen Stärke den Abschluß von Tarifverträgen durchsetzten hatten, aber um vieles größer waren die Arbeitermassen, die nicht unter einen Tarifvertrag fielen. Unter den letzteren finden wir hauptsächlich Angehörige der ungelerneten Schichten und der Metallindustrie.

Bedeutet somit nach der einen Seite hin der Zwangstarif eine Förderung gewerkschaftlicher Gedankengänge, so können jedoch auch große Nachteile für die gewerkschaftlichen Organisationen entstehen. Diese Nachteile liegen besonders in der Möglichkeit einer staatlichen Lohnpolitik, die wider die Interessen der Gewerkschaften gerichtet sein kann. Wir wissen, daß in der politischen Kräfteverteilung sich jeweils die ökonomischen Kräfteverhältnisse widerspiegeln. Die kapitalistische Schicht hat heute außerdem einen großen Vorteil durch die staatliche Bureaufraße, die dieser Schicht ein politisches Übergewicht gibt. Es besteht also fortwährend die Möglichkeit, daß die uns entgegenstehenden Kreise mit Hilfe der Staatsmacht ihre prinzipialistischen Grundzüge der Tarif- und Lohnpolitik jeweils nach ihrem Ermessen durchziehen. Allerdings können wir hier einschalten, daß die verbunden wäre mit dem Bruch ihrer bisherigen Gesinnung, die ja den Tarifvertrag überhaupt ablehnt.

Die Befehr einer staatlichen Lohnpolitik ist in der Praxis teilweise statt geworden, aber sie hat sich nicht durchsetzen können. Dem entgegen stehen ja gerade die sozialen Kräfte, die von den Arbeiterorganisationen ihren Weg in alle Zweige des staatlichen Lebens finden und sich hier Anerkennung und Geltung verschaffen. Grundtätlich können wir folgern, daß es Aufgabe der Arbeiterbewegung sein wird, durch starke Organisationen ihre gesellschaftlichen Kräfte zu festigen und somit ihren Einfluß auf die Staatsgewalt zu erweitern.

Der von uns angezogene zweite Punkt war die Ausschaltung einer oder mehrerer Parteien beim Tarifabschluss. Diese Ausschaltung besteht im Schlichtungswesen nicht prinzipiell, sondern nur graduell. Sie besteht bei der letzten Entscheidung. Das ist nicht ungefährlich. Aber hier einen Ausweg finden, wird zu den größten Schwierigkeiten des Schlichtungswesens gehören. In letzter Zeit hat es sich in einigen Unternehmerkreisen herausgebildet, daß man aus Prinzip alle Schlichtungsversuche ablehnt hat. In diesem Fall ist der Selbstauschluß bei der Entscheidung nur eine sich selbst auferlegte Strafe, für die man zu büßen hat. Zu den vielen Anregungen, die zur Ausgestaltung des Schlichtungswesens gemacht worden sind, ist eine hierhergehörige besonders beachtenswert, und zwar fordert man, daß in Zukunft nur noch die Arbeitnehmer-

organisationen die Verbindlichkeitsklärung eines Schlichtungsversuchs beantragen können. Diesem Vorschlag kann ohne weiteres stattgegeben werden. Er würde nicht nur den sozial benachteiligten Arbeitnehmern zur weiteren Realisierung ihrer Kräfte verhelfen, sondern auch dem Schlichtungswesen ein gut Teil seiner Problematik nehmen.

Nach all dem Gesagten wird es sich erübrigen, über die Beschränkung des Streik- und Aussperrungsrechts noch vieles zu sagen. Streik und Aussperrung sollen ja immer nur letzte Kampfmittel sein. Wird das Schlichtungswesen seiner Aufgabe gerecht, und entspricht der Schlichtungsanspruch einem solchen Resultat, wie es bei offenem Kampf auch nicht hätte anders werden können, dann wäre es unnötig durch Streik oder Aussperrung die Situation zu verschärfen. Anders steht es aber, wenn das Resultat diesem Grundgedanken entspricht. In diesem Fall sind der Gewerkschaft die Hände gebunden und sie eines ihrer wichtigsten Mittel, des Streikrechts beraubt. Hier ist ohne Zweifel eine der größten Schwierigkeiten zu überwinden. Aber die Argumentation von dem immerwährenden Durchdringen der tatsächlichen Kräfteverhältnisse gibt uns auch hier die Gewißheit, daß das Streikrecht nur solange gefestigt sein könnte, bis die Muskeln eines stark eingeengten Körpers die ihn in seiner freien Entfaltung hindierenden Fesseln sprengen.

Man mag sich nun vornehmen, Vorteile und Nachteile des Schlichtungswesens zu beurteilen, es wird sich kein endgültiges Resultat herausfinden lassen. Zwar können wir der Meinung Ausdruck geben, daß die Gewerkschaften grundsätzlich dem Gedanken des Schlichtungswesens zustimmen. Problematisch ist für uns der Zwangstarif. Aus der Sammlung praktischer Erfahrungen können wir bis heute leider noch keine endgültige Revidierung und Beurteilung ansetzen. Hier verhält es sich so, daß die Unternehmer zu allen Zeiten und die Arbeiter zu gewissen Zeiten gegen den Zwangstarif Sturm laufen. Zu denken gibt hier immerhin, daß circa 90 Proz. aller beantragten Verbindlichkeitsverträge von Arbeitnehmern seit kommen. Dies ist aber nicht ein Zeichen der Bequemlichkeit in der Lohnpolitik, sondern zeigt, wie wichtig für uns das Schlichtungswesen sein kann. Aufgabe des Schlichtungswesens ist es nicht, mit Hilfe der Staatsgewalt schon sozial Bevorrechteten neue Vorteile zu verschaffen, sondern sozial und wirtschaftlich Schwache gegen die Ausbeutung durch private Interessen zu schützen. Dies Ziel erreichen wir um so eher, je mehr es gelingt unsere Organisationen zu verbessern. Immer die Gewerkschaftsbewegung an Kräften gewinnt, um so mehr wird das Schlichtungswesen an Problematik verlieren.

Der Tod an der Schnellpresse.

Die Gefahren des elektrischen Stromes.

Es kommt oft vor, daß durch Fehler in den elektrischen Anlagen, z. B. durch defekte Isolation und dergleichen, ganze Maschinen, Heizungskörper u. dgl. unter Spannung gesetzt werden. Andere Einrichtungen, gegenstände wie Rohrleitungen usw. haben wiederum direkte Verbindung mit der Erde. Wenn ein Mensch die Verbindung zwischen der unter Spannung stehenden Maschine und der geerdeten Rohrleitung durch zufällige gleichzeitige Berührung herstellt, so wird ihn ein Strom durchfließen. Wie sich Unfälle dieser Art auswirken können, zeigte die Unternehmung eines tödlichen Unfalles durch nur 110 Volt Drehstrom.

Eine 55jährige Frau puhte an einer erst seit 3 Wochen neu aufgestellten Buchdruck-Schnellpresse. Der Maschinenmeister richtete vorn an der Form zu. Die Schnellpresse war durch einen schmalen Gang von der Wand, an der Heizrohre entlang führten, getrennt.

Zufälligerweise berührte die Frau beim Puhen der Maschine diese Heizrohre und erhielt einen kräftigen elektrischen Schlag. Sie teilte diesem dem Maschinenmeister mit, der daraufhin ebenfalls Maschine und Heizrohr aniahte und die gleiche Wahrnehmung machte, daß es stark kribbelte. Er bemerkte daraufhin, daß er nachher dem Obermeister berichten wolle und arbeitete an der Zurichtung seiner Form weiter. Nach ungefähr einer Viertelstunde bemerkte er zufällig, daß die Frau in dem schmalen Gang zwischen Maschine und Wand lag. Auf Zuruf bewegte sich diese nicht. Er rief den Obermeister und dieser setzte sich sofort telefonisch mit der Sanitätswache in Verbindung, von wo er die Anweisung erhielt, nichts in der Lage der Verunglückten zu ändern, da der Arzt bald erscheinen werde. Derleibe erst nach ungefähr 20 Minuten, ließ die Frau aus dem Gang hervorholen und stellte den Tod fest und zwar, da er einen blauen Fleck teiltlich des linken Auges in der Nähe der Schläfe bemerkte, durch Schlaganfall. Später nahm die Leiche von der rechten Kopf- und Halsseite starke Brandwunden wahr, die die Vermutung auskommen ließen, daß der Tod nicht durch Schlaganfall hervorgerufen war. Es wurde daraufhin auch vom Polizeiarzt — der zuerst gerufene Arzt hatte angeblich keine Zeit — der Tod durch elektrischen Strom festgestellt, die Leiche daraufhin leiert. Hierbei wurde starker Blutgehalt des Hirngewebes festgestellt, der die Erklärung für den Tod durch elektrischen Strom gab. Durch Sachverständige ist der Unfallvorgang geklärt worden:

Der Antriebsmotor der Buchdruck-Schnellpresse stand auf der Grundplatte dieser Maschine. Die Schutzkappe über den Motor-Anschlußklemmen hatte so geringen Abstand von den Kabelschrauben der Zuführungsleitungen, daß sie durch die Vibration der Maschine mit einem Kabelschuh Kontakt bekam. Damit hatte Motorgehäuse und die ganze Buchdruck-Schnellpresse Verbindung mit einem Pol, stand also unter Spannung. Zufällig befand in der Belaglade des Betriebes an einem anderen Pol starker Erdchluß, so daß zwischen der Maschine und dem Heizrohr volle Spannung herrschte. Die Frau, die sich an diesem Tage unwohl fühlte, ist entweder durch einen Schwindelanfall oder indem sie stolperte, zwischen Schwungradabdeckung der Buchdruck-Schnellpresse und Heizschlange gefallen, mit der rechten Halsseite an der Heizschlange anliegend, mit dem linken Auge an der Schwungraddecke. Ein verhältnismäßig kurzer Stromdurchgang durch das Gehirn war damit gegeben.

Der Vorgang ist in vieler Beziehung recht lehrreich. Vor allem widerlegt er die volkstümliche Ansicht, daß eine derart niedrige Spannung von 110 Volt ungefährlich ist. Erfahrungsgemäß kann jeder Strom über 42 Volt gefährlich werden. Er gibt ferner einen Beweis von der großen Gefahr starker Erdchlüsse, fester in der elektrischen Anlage, die neben der Gefährdung von Menschenleben auch großen wirtschaftlichen Schaden verursachen, müssen nach Kenntnis in jedem Falle schnellstens dem Vorgekehnten gemeldet und behoben werden und nicht erst nach technischen Störungen oder Unfällen.

Recht eigenartig erscheint die Anweisung der Sanitätswache, die Verunglückte bis zum Eintreffen des Arztes unberührt zu lassen. Es ist zwar anzunehmen, daß gerade in diesem Falle die Anwendung künstlicher Atmung erfolglos geblieben wäre, weil der Stromverlauf direkt durch das Gehirn ging. Dennoch widerspricht die Anweisung der Sanitätswache direkt den Grundgedanken der ersten Hilfeleistung. Wiederbelebungsversuche haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie sofort vorgenommen werden. Der Verunglückte soll möglichst nicht erst transportiert werden. Zunächst ist der Strom auszuschalten. Ist dies nicht

Weltanschauung und Literatur.

In allen Kreisen des Volkes wird besonderer Wert gelegt auf die „Weltanschauung“, die der einzelne hat; danach wird sein Wert bemessen, danach wird er behandelt oder mißhandelt, je nachdem, ob er derselben oder der extrem entgegengesetzten „Weltanschauung“ huldigt. Der Streit der Meinungen spielt dabei eine besonders wichtige Rolle. Wir finden ihn in wissenschaftlichen Kreisen ebenso hartnäckig geführt wie in politischen, ja selbst in den einzelnen religiösen Gemeinschaften (Katholiken, Protestanten, Juden, Mohammedanern, Buddhisten, Brahminen) ruht der Streit nicht, obwohl alle diese Religionen Liebe und Duldsamkeit als oberstes Glaubensgebot haben. Sobald Fanatismus hinzukommt, ist der Streit da, überall: in der Wissenschaft, in der Politik, in der Religion. Jeder behauptet, seine Weltanschauung sei die richtige; er sucht dafür zu werden, und er tut recht daran; denn wenn man erst einmal wirklich eine Weltanschauung hat, d. h. wenn man von der Richtigkeit seiner Weltanschauung überzeugt ist, dann soll man auch für sie werden.

Es fragt sich nur, welche Weltanschauung die wirklich richtige ist. Kann man bei der Wahl einer Weltanschauung nicht irren? Nein, das kann man nicht, weil bei der Weltanschauung keine Wahl gelassen ist. Eine Weltanschauung, die nur „gewählt“ wurde, ist für den Betreffenden, der sie erwählte, keine richtige Weltanschauung. Die muß man durch Erfahrung erwerben, wobei es außerdem wesentlich darauf ankommt, wo man im Leben lebt, wie man erzogen wurde, in welchen Verhältnissen man lebt. Wenn man von dieser Ansicht aus die Weltanschauungen Andersdenkender betrachtet, dann wird man duldsam gegen sie, sobald man dessen gewiß ist; jene vertreten ihre Weltanschauung in ehrlicher Überzeugung. Das ist jedoch sehr schwer festzustellen,

weil man keinem ins Herz schauen kann. Man muß sich darauf beschränken, die betreffenden zu beobachten, ob ihre Taten mit ihren Worten und Lehren im rechten Einklang stehen. Durch dieses fortwährende Beobachten der Menschen erlangt man im Laufe der Zeit eine gewisse Menschenkenntnis, und je mehr man Umgang mit fremden Menschen hat, desto größer wird die Menschenkenntnis werden können, die eine Hauptvoraussetzung für die selbständige Weltanschauung ist.

Natürlich spielt für die Weltanschauung jedes Menschen in erster Linie seine Erziehung und sein Umgang eine wesentliche Rolle. Dazu gehört auch die Literatur, die Bücher, Zeitschriften und nicht zuletzt die Tageszeitung, die gelesen wird. Zwar behaupten viele Zeitungen besonders, sie seien parteilos oder unparteilich. Wir kennen diese Art Briefe unter dem Sammelnamen „Generalanfragenpresse“. Dem zumerflamen und freilich eingestellten Beobachter in dessen Sinne die Tendenz jener Blätter oder nicht entgegen. Doch gehört zu solcher kritischen Einstellung eine gewisse Vorbildung auf literarischem Gebiete, die den Betreffenden dazu befähigt, Vergleiche anzustellen und entsprechende Schlüsse daraus zu ziehen.

Der Arbeiterstand ist das im ganzen genommen gerade nicht so leicht gemacht. Die Gründe dafür sind dieselben, die im ersten Aufsatz: „Der Arbeiter und die Literatur“ bereits angegeben wurden. Zwar glauben sehr viele Arbeiter, wenn sie irgendeine politische Zeitung lesen, dann sind sie hinreichend mit Weltanschauung versorgt. Aber damit ist noch nicht erwiesen, daß sie auch wirklich eine Weltanschauung haben. Um zu einer eignen Weltanschauung zu kommen unabhängig von allen auf jeden Menschen einwirkenden Weltanschauungen, ist es unbedingt nötig, sich vorzueingenommen an die sich bietenden Gelegenheiten heranzumachen und zu untersuchen, welche Weltanschauung

für uns am besten ist und zugleich aber auch der Allgemeinheit Wohl nicht außer acht läßt. Eine schwierige Aufgabe; gemäß! Aber sie ist lohnend.

Welcher Weltanschauung aber soll sich der Arbeiter zuwenden? Diese Frage wird vielen, besonders jüngeren, vorschweben. Es gibt doch bestimmt mehrere Weltanschauungen, die den Arbeitern als gut gepriesen und empfohlen werden. Ehe sich aber jemand entscheidet, sollte er die einschlägige Literatur der ihm am nächsten liegenden Weltanschauung studieren. Um jedoch nicht einseitig unterrichtet zu sein, muß man daneben aber hinterher sich auch noch mit den Lehren anderer Weltanschauungen vertraut machen, vielleicht vorerst auch nur mit denen, die der Arbeiterstand nahesteht. Will man aber zu einem ausgereiften und abschließenden Urteil kommen, dann ist es notwendig, sich mit gegnerischen Weltanschauungen zu beschäftigen. Das hat zugleich noch den Vorteil, daß man den Gegner genau abmessen und einschätzen lernt, seine Beweggründe erfährt, nach denen man selbst dann seine Maßnahmen einrichten kann. So manches falsche und schlechte Urteil über den Gegner wird unterbleiben, wenn erst die Wahrheit der Arbeiter hiernach verfahren. Aus den Fehlern in der Weltanschauung der Gegner sollen wir lernen, unsere eigenen zu verbessern und die Waffen zu schmieden, die zur Befreiung der Arbeiter aller Länder notwendig sind.

Eine aussterbende Rasse?

(DOR.) Es gehört geradezu zum ernen Bestand europäischer, also auch deutscher „Rassen“, wenn man behauptet, daß die Indianer eine aussterbende Rasse sind. Nun ist allerdings von vornherein sicher, daß die überwiegende Mehrzahl aller dieser, die von „Indianern“ sprechen, jene nordamerikanische Bevölkerung im Auge hat,

Soziale Bewegung in Deutschland.

Arbeitsmarkt und Arbeitskämpfe.

möglich, dann muß der Verunglückte mit Holzlatten, isolierenden Unterlagen usw. aus dem Gefahrenbereich gebracht werden. Die Berührung der Wunde und des Verletzten mit bloßer Hand ist dabei zu vermeiden. Die künstliche Atmung soll ohne Gerat oder Sauerstoff, nur nach dem Verfahren von Schaeffer, vorgenommen werden. Der Bewußtlose ist flach hinzulegen, sein Kopf stark zur Seite zu drehen hinter die Schulter ist ein Polster (Haut) zu legen, damit der Kopf etwas tiefer liegt. Die Zunge ist zu lockern, damit sie nicht den Luftweg behindert; künstliche Gebisse, Kautabak und dergleichen sind aus dem Munde zu entfernen. Der Helfer kniet hinter dem Kopf des Verletzten, diesem das Gesicht zwendend. Er erfährt die beiden Arme des Verunglückten oberhalb der Ellenbogen und führt sie langsam über dessen Kopf bis ungefähr zum Erdboden (Einatmung). Nach 2 Sekunden führt der Helfer beide Arme in derkleinen Weile auf den Brustkorb zurück und drückt ihn kräftig zusammen (Ausatmung). Beide Vorgänge müssen ungefähr 15 mal in der Minute wiederholt werden. Falls durch andere Einwirkungen Brustkorb, Schultern oder Arme verletzt sind, muß anders verfahren werden. Aber nur in diesen Fällen darf nach der folgenden Methode gearbeitet werden. Man bewerkstelligt die Atmung durch abwechselndes Drücken und Anlassen des Bauches nach den Rippen zu, etwa 15 mal in der Minute.

Die künstliche Atmung muß stundenlang fortgesetzt werden, zumindest jedoch so lange bis der Arzt eintrifft.

Aus Rußland.

Der Haushalt eines gelehrten Arbeiters.

Das statistische Amt der Stadt Moskau hat im ersten Vierteljahr 1927 eine Erhebung über die Haushaltrechnungen von 98 Familien gelehrter Arbeiter in Moskau mit insgesamt 445 Personen durchgeführt. Auf die Familie entfallen im Durchschnitt 4 1/2 Personen, davon drei Erwachsene. Die Ergebnisse der Erhebung sind aus nachfolgender Uebersicht ersichtlich:

Durchschnittshaushalt A) einer Familie: B) eines Erwachsenen

Einkommen in Tschernowrubeln	A	B
Lohn des Haushaltsvorstandes	91,17	30,41
Andere Einkünfte des Haushaltsvorstandes	3,53	1,18
Löhne der Familienmitglieder	24,92	8,31
Andere Einkünfte der Familienmitglieder	3,31	1,11
Kredite, Darlehen, Verkauf von Gegenständen	19,29	4,41
Andere Einkünfte	6,46	2,29
Insgesamt	143,02	47,71

Ausgaben in Tschernowrubeln	A	B
Wohnung, Heizung, Beleuchtung	12,50	4,17
Lebensmittel	59,10	19,72
Tabak und Alkohol	6,01	2,01
Bekleidung	29,37	9,90
Gesundheitspflege	1,41	0,47
Bekleidung, Theater, Konzerte, Kino	3,50	1,17
Beiträge für Gewerkschaften und Kommunistische Partei	3,16	1,04
Rückzahlung von Darlehen und Anleihen, Rückkauf v. verpfändeten Gegenständen	8,53	2,94
Verdientenes	19,14	6,39
Insgesamt	143,02	47,71

Bei einer Aufstellung dieser Angaben ergibt sich, daß der Lohn des Haushaltsvorstandes ungefähr 64 Proz. und die Löhne der anderen Familienmitglieder 16 Proz. des gesamten Einkommens der Familie betragen. 9 bis 10 Proz. des Einkommens entfallen auf Anleihen, Verkauf von Gegenständen usw. Unter den Ausgaben stehen die Lebensmittel mit

Die Verhältnisse am deutschen Arbeitsmarkt haben sich während der letzten Wochen nicht einheitlich verändert. Bis Mitte Oktober war ein Anhalten der Besserung zu verzeichnen, die für das ganze Jahr 1927 charakteristisch war, seitdem aber ist eine Verschlechterung eingetreten. Dies war zu erwarten, da mit Beginn des Winters stets die Beschäftigung in den Außenberufen abnimmt und die Notstandsarbeiten, die fast ausschließlich Bauarbeiten darstellen, notgedrungen eingeschränkt werden müssen. Gegenüber 518 264 Hauptunterstützungsempfängern der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge Mitte September 1927 gab es am 15. Oktober nur noch 442 453, am 31. Oktober aber bereits wieder 456 137, d. h. die Zahl aller unterstützten Arbeitslosen ist in der zweiten Oktoberhälfte um etwa 3,1 Proz. gestiegen. Rechnet man dazu noch die Notstandsarbeiter (Mitte September 93 000, Mitte Oktober 74 600, 31. Oktober 69 000), so wurden am 31. Oktober immer noch etwa 525 000 Menschen aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge unterstützt. Heute weniger als bisher läßt sich aber aus diesen Zahlen ein Schluß auf die tatsächliche Umfangsgröße des Arbeitsmarktes in den letzten Wochen ziehen; denn nach der Neuordnung der Krisenfürsorge vom 28. September 1927 werden nur die Angehörigen bestimmter Berufe nach ihrer Aussteuerung aus der Erwerbslosen- in die Krisenfürsorge übernommen. Alle anderen scheiden also heute noch viel früher als vor der Neuordnung aus der Unterstützung und damit auch aus der Statistik aus.

Unverändert tröstlos ist auch heute die Lage der Angehörigen. Während die Zahl der arbeitenden Arbeiter vom Januar bis 1. Oktober 1927 von 2 278 809 auf 695 781 zurückging, also um 69,5 Proz., betrug die Abnahme der Stellungsuchenden Angehörigen in der gleichen Zeit nur 33,4 Proz. (von 257 500 auf 171 586). Im Januar 1927 war jeder zehnte Arbeitsuchende ein Angestellter, am 1. Oktober jeder fünfte.

Abnahme der Arbeitslosigkeit, andauernd gute Beschäftigung der meisten Industriezweige einerseits, ständig steigende Lebenshaltungskosten andererseits haben mit Notwendigkeit zu einer Neubelebung der Arbeitskämpfe geführt, die schon in den letzten Berichten festzustellen war. Auch diesmal sind viele Lohnbewegungen zu verzeichnen, die fast alle mit — wenn auch geringen — Angehörigen der Unternehmer endeten. Alle diese Bewegungen werden aber überschattet durch die drei großen Kämpfe der letzten Monate: die Ausperrung in der rheinischen Textilindustrie, den Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau und die Generalausperrung in der deutschen Tabakindustrie. Ueberschaut man die Gesamtheit der Arbeitskämpfe der letzten Zeit, so lassen sich folgende Beobachtungen konstatieren: vermehrte Aktivität der Arbeiter steht eine ungeheuer vermehrte Kampflust der Unternehmer gegenüber, winzige Teilsfreis werden

mit der Gesamtausperrung einer ganzen Industrie beantwortet — die neugegründeten Gefahreneinrichtungen sollen ihre erste Belastungsprobe ablegen! Erfolge der Arbeiter sind nur dort zu erzielen, wo in den Kampf eingetreten wird; aber auch dann bleiben die Erfolge verhältnismäßig bescheiden, weil die Verbindlichkeitsklärung die volle Auswertung des Sieges der Arbeiterkämpfe nicht gestattet. In der rheinischen Textilindustrie brach der Kampf Mitte Oktober aus durch den Streik von 4000 Arbeitern wegen folgender Forderungen: Erhöhung der Zeit- und Akkordlöhne um 20 Proz., gleichen Lohn für Frauen und Männer bei gleicher Leistung. Die Unternehmer antworteten mit der Ausperrung aller Textil- und Bekleidungsarbeiter des Bezirks, wobei sie durchblicken ließen, daß dies die letzte Bezirksausperrung sei; von nun an sollten stets alle in der Gefahreneinrichtung vereinigten Unternehmer der ganzen Industrie eingreifen. Der Schiedspruch bewilligte eine Lohnerhöhung von 10,5 Proz., erhöhte die Akkordspanne von 12 1/2 auf 15 Proz., die Angleichung der Frauen wurde überhaupt nicht berührt. Die Verhandlungsleiter stellten sich auf den Standpunkt, „daß es nicht Sache der Schlichtungsinstanzen sei, jeden Kampf abzuwürgen“ (Der Textilarbeiter); sie lehnten den Spruch ab, er wurde aber für verbindlich erklärt. — Wehnlich wirkte sich die Verbindlichkeitsklärung für die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter aus. Hier handelte es sich um den ersten riesigen Streik seit Jahren, der die gesamte Öffentlichkeit Deutschlands wochenlang in Atem hielt. Eine unter den erbärmlichsten Lohnverhältnissen leidende Arbeiterkategorie, die in mahren Elendsquartieren dahinsiecht, verlangt eine Mehrbezahlung von 80 Pf. pro Schicht (bisher 4,13 bis 5,57 Mt. bei zehn- bis zwölfstündiger Arbeitszeit!). Der heldenhafte Kampf endet mit einem Erfolg — noch im Juli hatten die Unternehmer einen Schiedspruch mit dreiprozentiger Erhöhung als untragbar abgelehnt —, aber doch nur mit einem halben Erfolg. Statt der geforderten einheitlichen Erhöhung von 80 Pf. pro Schicht erhalten die Arbeiter nur 60 Pf., und dies nur für die höchstbezahlten Kernreviere, die schlechter bezahlten erhalten prozentual weniger.

Die Löhne der Zigarrenarbeiter sind die kleinsten in ganz Deutschland. Nach einer amtlichen Statistik betrug der Durchschnittslohn 1926 pro Woche 19 Mt.; Löhne von 12 bis 14 Mt. sind keine Seltenheit; in Hessen zum Beispiel, wo 95 Proz. aller Zigarrenhersteller Frauen sind, gibt es Bruttolohnlöhne von 9,12 Mt.! Das Elend in den Tabakorten findet eine Parallele nur noch in den berüchtigsten Weberdörfern Schlesiens, die zu den Weberaufständen geführt haben. Eine Industrie, die nur bei solchen Hungerlöhnen existieren zu können behauptet, ist eben überhaupt nicht existenzfähig und wird sich vollkommen umorganisieren müssen.

Industrie, Produktion und Selbstkosten.

Das Internationale Arbeitsamt hat in den „Informations Sociales“ auf Grund zahlreicher russischer Unterlagen Angaben über die augenblickliche Lage der Industrie in Sowjetrußland veröffentlicht. In der Industrie sind mehr als zwei Millionen Arbeiter beschäftigt. Innerhalb 18 Monaten, und zwar vom 1. Oktober 1925 bis 1. April 1927 ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter um neun Prozent gestiegen, die Gesamtproduktion um 26 Proz., und die durchschnittliche Arbeitsleistung des Arbeiters um 20 Proz. Die Steigerung des Nominallohnes betrug in diesem Zeitraum 15 Proz., während die Lebenskosten im gleichen Zeitraum um 10 Proz. gestiegen sind.

In der Textil- und der Petroleumindustrie nähert sich die Erzeugung ihrem Vorkriegsstande, während sie im Steinkohlenbergbau diesen Stand bereits überschritten hat. Dagegen liefert die Metallindustrie kaum mehr als 50 Proz. der Produktion im Jahre 1913.

Trotz der im Durchschnitt erzielten Produktionssteigerung ist die Staatsindustrie gezwungen, ihre Produktion zu intensivieren, um den wachsenden Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden. Der Vorstehende des obersten Wirtschaftsrates erklärte zu dieser Frage: „Das wichtigste Problem der russischen Sowjet-Republic ist die Industrialisierung des Landes. Sie hängt vollständig von der Herabsetzung der Gestehungskosten ab und wird auch in Zukunft mehr und mehr davon abhängen.“ Nach Ansicht der Leiter der Staatsindustrie sind die außerordentlichen Produktionskosten auf folgende Ursache zurückzuführen: Hohe Preise und schlechte Beschaffenheit der Rohstoffe, hohe Preise für die Baustoffe, die hohen Eisenbahntarife sowie die verhältnismäßig hohen Steuern und die verhältnismäßig hohen Kosten für die Arbeitskräfte. Der Rat für Arbeit und Verteilung hat in einer zu dieser Frage angenommenen Entschließung erklärt, es sei notwendig, daß der oberste Wirtschaftsrat nach Maßgabe des Fortschritts der technischen Verbesserung der Produktionsmittel darauf achten soll, die Selbstkosten für die Arbeitskräfte herabzusetzen.

die ihr aus Büchern wie Coopers Lederstrumpf in Gestalten wie Utras, Chingachoo und Magua, dem schlauen Fuchs, lebendig sind. Sie vergessen oder wissen nicht, daß das sogenannte Latein-Amerika, d. h. die Länder von Mexiko bis jenseits des Amazonasstromes in Südamerika gleichfalls Indianerbevölkerung haben, und zwar eine doch europäische Element an Zahl überwiegender, die ganz und gar nicht auf dem Aussterbedeal steht. Aber nicht einmal für die nordamerikanischen und kanadischen Indianer trifft die Auffassung zu; sie wären in wüstem Aussterben begriffen. Die Zählungen ergeben, haben sich die nordamerikanischen Indianer von rund 270 000 im Jahre 1900 auf rund 350 000 im Jahre 1925 vermehrt. Und auch bei den Indianern, die in den sogenannten „Migrationsländern“ Kanadas leben, wird eine starke Zunahme festgelegt. Immerhin bleibt freilich Tatsache, daß in diesen Gebieten der amerikanischen Welt der Indianer gegenüber den Weißen kein auch nur im geringsten Maße in die Wege fallendes Element darstellt. Anders aber liegt es in Latein-Amerika. Mit einigen Erichtanen haben Lateinamerika förmliche und vielfach gefährliche Nachrichten von Indianerfestsitzungen in Bolivien gelesen. Einen noch größeren Raum nehmen jetzt aber schon in allen größeren Zeitungen Nachrichten über die Indios in Mexiko ein. Hier sind es besonders Meldungen einmal über die freihetliche soziale Haltung der mexikanischen Regierung unter ihrem Präsidenten Calles, über schwere Auseinandersetzungen auch zwischen ihr und der katholischen Kirche im Lande, bei denen die Kirche nicht scheut, mit gemietetem Banditenum zu kämpfen; und zweitens: Warmnachrichten über Einmischung des mexikanischen Petroleum interessierten Großkapitals der Vereinigten Staaten. Aber sich ein wenig in der deutschen Gegenwartsliteratur über Mexiko zusammen, weiß aus Schriften von Colin R. H. Mathias, Kolonialist u. a., welche enorme Wichtigkeit sie als dem „Erwachen der Indio-

beimessen. Und er weiß auch aus Geschäftsdarstellungen, wie vieleicht Spenglers „Untergang des Abendlandes“, welche hohe Kultur, welche Millionenstädte hier nach Einbrüchen des weißen Elements im 16. Jahrhundert vernichtet worden sind und in neuerer Zeit ihrer Aufzestörung aus den Trümmern der Vergangenheit entgegensehen.

Aber das Buch, das aus dem Willen des Fachtenners, aus dem intimen Erleben des Anfassigen, aus dem glühenden Geist eines Dichters heraus geschrieben ist, und das mit reichstem Bildmaterial und der Gestaltung eines sozialistischen Kämpfers den ganzen Zauber einer wunderbaren Natur in Einheit mit soziologischer Durchdringung darzustellen vermag, hat bisher geistigt.

Die Büchergilde Gutenberg bringt es jetzt heraus. B. Trauen schrieb es, Trauen hat sich mit seinen Büchern „Das Tolentat“, „Der Wobbin“, „Der Schatz der Sierra Madre“ einen Namen gemacht, der an Klang nicht mehr hinter dem eines Jack London zurückbleibt, ja, ihn — was am Ende verständlich ist — durch Gegenwartsnähe zuweilen übertrifft. Dieses neue Buch Trauens „Land des Frühlings“, mit 140 Originalaufnahmen und 27 Bogen Text, von dem der Verfasser selbst sagt: „Ich hoffe, daß es mir gelang, zu zeigen, daß der Indianer lebt und daß er begonnen hat, in der Weltpolitik mitzusprechen und... ich das wohl annehmen, daß mein Buch das erste Buch eines Reiseforschers ist, das aus der Gesichtswelt des modernen Proforsiers heraus erfährt und geschrieben wurde“, wird, wie selten ein Werk, dem denken und kämpfenden Menschen der aufstrebenden Klasse Verbreit und Mitkämpfer auf seinem schwereren Wege sein. Zum Preise von 4,50 Mt. ist dieses Werk von der „Büchergilde Gutenberg“, Berlin SW 61, Dreieckstraße 9, wenn man Mitglied dieser Buchgemeinschaft geworden ist, zu beziehen.

Aus den Zeitungen.

Hamborn. Am 27. November 1927 fand im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung statt, die erfreulicherweise stark besucht war. Vorsitzender Kollege Müsten eröffnete sie mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Vortrag: Zeit- und Streitfragen von unserem Gauleiter Heilmann, Köln, 3. Berichtes. Schnell war der geschäftliche Teil durch ein paar Berichte erledigt und Kollege Müsten erteilte Gauvorsitzer Kollege Heilmann das Wort. Er schilderte uns kurz und lebhaft, wie sich die Löhne für uns durch die Arbeit der Organisation um 50 Proz erhöht haben. An Hand einiger Beispiele zeigte er, wie die Arbeiter und Arbeiterinnen jetzt noch in einigen Hausarbeiten mit dem Lohn hintergangen werden. Wichtig sei es daher für alle Organisierten, den Nachwuchs und auch die weibliche Hilfskraft aufzufüttern und der Organisation zuzuführen. Zu Punkt Berichtes gab Vorsitzender Kollege Müsten den im kommenden Jahr geplanten „Preis“-Besuch nach Köln bekannt. Kollege Heilmann lud alle Mitglieder dazu herzlich ein.

Hamburg. Mitgliederversammlung der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen am Wittwood, dem 23. November 1927, im Gewerkschaftshaus. Kollege Hornte überbrachte Grüße vom Hauptvorstand und hielt Johann ein Referat über die allgemeine Wirtschaftslage. Er ging ein auf die Ursachen der großen Arbeitslosigkeit und den Kampf um die Wirtschaftsgestaltung im allgemeinen. Die besonderen Verhältnisse der kapitalistischen Entwicklung sind die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit. Die Nachwirkungen des Krieges und die Ausraubung des Arbeiters durch die Inflation, wodurch die ganze deutsche Kaufkraft erlosch, muß als eine wichtige Ursache der deutschen Arbeitslosigkeit angesehen werden. Daß auch in unseren Berufen die Unternehmer nur zu gern eine Verteilung der Lastenperträge wünschen, zeigen schon die vielen Klagen, die wir vertreten. Auch sie halten daran fest, daß durch lange Arbeitszeit und niedrige Löhne eine Verbilligung der Produktion eintreten müsse. Dann wies Kollege Hornte noch auf die Ausperrung der Tabakarbeiter hin, bei der die Unternehmer ihre ganze Brutalität zeigten. Die Kollegen schloß noch einmal ermahnen, nur die notwendigen tariflichen Lebensbedürfnisse zu verlangen, um die Opfer der Wirtschaftskrise wieder nach Möglichkeit in den Produktionsprozess einzuführen, schloß Kollege Hornte seinen interessanten Vortrag. Reicher Beifall wurde ihm zuteil. — In der darauffolgenden Diskussion meinte der Kollege Judd, daß es nur das Verdienst der Gewerkschaft sei, trotz der seit Jahren ungünstigen Wirtschaftslage immerhin noch eine tarifliche Lohnhöhung durchzuführen, wenn man dabei die Bedeutung der riesigen industriellen Reservearmee von Erwerbslosen in Betracht ziehe. Redner glaubte aber ausprechen zu müssen, daß der Hauptteil des gewerkschaftlichen Kampfes unter allen Umständen auf die Arbeitszeitpolitik verlegt werden müsse, um eine achtstündige bzw. siebenstündige Arbeitszeit zu erreichen, und die Erwerbslosen wieder in den Arbeitsprozess einfließen zu können. Kollege Selge gab darauf noch bekannt, daß wieder wie im vorigen Jahr eine Weihnachtsbeihilfe an die Erwerbslosen zur Verteilung gelangte, und zwar für jedes Mitglied 5 Mk. in bar und 5 Mk. in Waren. Desgleichen wird auch vom Hauptvorstand noch eine Weihnachtsunterstützung gewährt werden. Unter Abrechnung vom 3. Quartal, welche gedruckt vorliegt, wurde dem Kassierer Entlassung erteilt.

Hannover. Mitgliederversammlung vom 22. November. Unter Mitteilungen wies Kollege Wambacher auf den von unserm Verband eingerichteten Kursus über Arbeitsrecht hin, an dem alle Betriebsräte und Vertrauenspersonen teilnehmen sollten. Der Kassierbericht über das 3. Quartal ergab als Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse 8698,90 Mk., an die Hauptkasse abgeführt wurden 5585,04 Mk. Die Ortskassen hatten einschließlich des Kassenbestandes vom vorigen Quartal eine Einnahme von 7533,08 Mk., an Ausgabe 1604,35 Mk. Der Kassenbestand am 1. Oktober 1927 beträgt 5928,73 Mk. Auf Antrag der Kassierer wurde dem Kassierer die Entlassung erteilt. — Zum 3. Punkt der Tagesordnung sprach der Gewerkschaftssekretär Barsch vom Hauptvorstand der Paritätarbeiter über das Thema: Neuzuständige Wirtschaftsentwicklung. An steigender, temperamentsvoller Weise und unter größter Aufmerksamkeit der Anwesenden entledigte sich der Redner seiner Aufgabe. Er ging aus von dem Grundsatz, daß die Wirtschaft das wichtigste Gebiet für die Arbeiterschaft ist. Deshalb seien auch wir an der technischen Entwicklung stark interessiert. Die Zeit, in der von kurzfristigen Reizungen Maschinen zerstört wurden, weil sie von diesen die Vernichtung ihrer Effizienz befürchteten, ist wohl endgültig vorüber. Aber immer muß beachtet werden, daß der Mensch das Primäre (das erste) ist, dessen geistige und körperliche Leistungsfähigkeit auch die Grenzen der Maschinenarbeit bestimmen. Im Zeitalter der Technik ist aber der einzelne Mensch vollständig machtlos, nur einer gut organisierten Masse wird es gelingen, wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Würde Streikbewegungen eben regelmäßig in einer Sackgasse. Das Unternehmertum sieht in dem zu erzielenden Profit die einzige Triebfeder seines Handelns. Dient der Staat nicht seinen Zwecken, ist er staatsfeindlich und droht damit, das Kapital im Ausland anzulegen. Besonders empfindlich sind die Unternehmer gegen eine Beschränkung der Arbeitszeit. Wenn die Kapitalisten auch unter sich kein Konkurrenzkampf auf Leben und Tod führen und sich gegenseitig wirtschaftlich umbringen, geht es aber gegen die Arbeiterschaft, sind sie sich alle einig. Die Lohnfrage ist eine öffentliche Angelegenheit, weil die menschliche Arbeitskraft eine Vermögensquelle darstellt, eine vererbliche Ware, die nicht vom Reichen getrennt werden kann. Wenn es möglich gewesen ist, selbst nach der Inflation, wo die Gewerkschaftslisten leer waren und Millionen von Arbeitslosen auf der Straße lagen, in einigen Berufen noch Lohnerhöhungen zu erreichen, so zeigt sich darin die Wachstumsleistung der Arbeiterorganisationen. In Bezug auf Ernährung und viele Konsumgüter sind wir auf das Ausland angewiesen, weil wir nur 40 Proz. der Nahrungsmittel und außer Rohle wenig Konsumgüter im eigenen Lande hervorbringen. Diese Einfuhr müssen wir mit Gold oder goldwertigem Papiergeld bezahlen, was durch Industriefabrik aufgebracht werden muß, da Deutschland keine Goldfelder besitzt. Wenn die Frage gestellt wird, ob diese Wirtschaftsordnung eine gerechte ist, müssen wir sie verneinen. Alle Menschen besitzen ein mehr oder minder ausgeprägtes Ge-

rechtstunsgewissen, es zeigt sich aber die Tatsache, daß nicht alle am schlechtesten entlohnten Arbeiter die unzufriedensten sind, sondern gerade diejenigen, welche sich höhere Löhne errungen haben. Als Wilhelm der Reichsteine seinem Kanzler Bismarck erklärte, daß er, um die Arbeiterchaft von der Sozialdemokratie abzurufen und zurückzubringen, statt der Verträge des Sozialistengesetzes das Juckerbrot der Sozialpolitik anwenden wolle, antwortete ihm Bismarck: „Wenn die Proletariat erst von der Sozialpolitik gestiftet haben, werden sie immer unzufriedener. Über haben Sie schon zufriedene Millionäre gesehen?“ In dem Sprachrohr der Unternehmerverbände wurde immer behauptet, daß die Struktur des Landes Lohnerhöhungen nicht zulasse. Je höher der Lohn, desto größer würde die Arbeitslosigkeit. Den Einwand, daß hohe Löhne die Kaufkraft des Inlandmarktes stärken, begehen sie mit dem Preisabbaumarke. Dabei sind gerade diese Kreise in ihren Syndikaten und Kartellen die schlimmsten Preisstreiter. Die Herstellung genügender Wohnungen wird zum Beispiel gerade durch den Preiswucher auf dem Baumaterialienmarkt als schwerste gehemmt. Allgemein bekannt ist, daß die Vormachtstellung der europäischen Industrie durch den Krieg an Amerika abgetreten werden mußte. Die deutschen Arbeitgebervertreter machten Studienreisen in das Dollarkland und brachten allerlei Neuerungen von dort mit. So die Rationalisierung, das fließende Band und andere schöne Sachen. Leider haben sie bei ihrer Rückkehr die hohen amerikanischen Löhne bei den Voren in Wasser fallen lassen. Wenn vielmehr Ford als Arbeiterfreund hingestellt wird, so das nicht richtig, dieser Automobilfabrikant ist nach jeder Meinung der größte Ausbeuter. Wenn er jetzt die Fünftel-Lohnhöhe der gleichbleibenden Lohn eingehängt habe, verfolge er dabei ganz bewußt seinen Vorteil. Zunächst kann er in dieser verkürzten Arbeitsweise die Arbeitsintensität auf äußerste steigern und Betriebskosten ersparen, und dann wird den Arbeitern die Gelegenheit gegeben, an den freien Tagen die von Ford gestauten Autos kaputt zu fahren, wodurch sein Umsatz gehoben wird. In der Wirtschaftsgestaltung Deutschlands sind alle Arbeiter gleichmäßig interessiert. Es kann den in graphischen Berufen tätigen Arbeitern nicht gleichgültig sein, welche Löhne in der Metall- oder chemischen Industrie bezahlt werden. Eine Beschleierung der verschiedenen Lohnverhältnisse mache vor keinem Gewerbe halt. Unsere Pflicht sei es, einen immer größeren Ausbau der Sozialpolitik zu erringen und zielbewußt den Weg zur Macht zu beschreiten, wobei wir auch manchmal Kompromisse nicht scheuen dürfen. „Heran an die Macht!“ muß unsere Parole heißen! Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Auf Vorschlag des Kollegen Spatuhl wurde auf eine Aussprache verzichtet.

Rundschau.

Starke Zunahme der Erwerbslosigkeit. Bei der Zählung der Erwerbslosen Mitte November konnte eine starke Steigerung der Erwerbslosigkeit festgestellt werden. Die Zahl der unterfertigten Arbeitslosen betrug am 15. November insgesamt rund 518 000 oder 456 000 am 31. Oktober, das also um 62 000 oder um 1,38 Proz. zugenommen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenversicherung stieg um 22 000 und diejenigen in der Rentenversicherung um 10 000. Der Zugang an Arbeitslosen stammt in der Hauptsache aus den Vorkriegsberufen, insbesondere aus der Landwirtschaft und dem Bauergewerbe. Die Zunahme der Erwerbslosigkeit ist also salomonisch bedingt und durchaus natürlich. Bei den nicht von der Witterung abhängigen Berufen und Gewerben ist eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes im bemerkenswerten Umfange nicht festzustellen.

Das Hund Schmelz. Eine kürzlich durchgeführte Erhebung über die zur Zeit gezahlten Löhne in Chicago ergab folgenden Resultat: Die Stundenlöhne für die verschiedenen Arbeiter stellen sich in Dollar: Arbeiter 1,56, Maurer 1,62, Zimmerer 1,50, Zementarbeiter 1,50, Elektricitätsarbeiter 1,62, Fahrstuhlmonteure 1,57, Glaser 1,62, Eisenornamentenarbeiter 1,50, Holzdreher 1,62, Metalldreher 1,62, Steinmeyer 1,50, Waler 1,62, Stukkateure 1,62, Klempner 1,62, Dachdecker (Ziegel und Schiefer) 1,75, Möbelerger 1,62, Steinmetzen 1,50 und Pfeifenleger 1,62. — Sicher zählen die vorgenannten Löhne mit zu den höchsten gezahlten in den Vereinigten Staaten. Sicher ist auch, daß ein solch glänzendes Bild in dem geliebten Lande nicht überall zutage tritt. Dennoch zeigen Stundenlöhne von 6,30 Mk. bis 7,30 Mk. — oder wenn man die Kaufkraft des Dollars nach unserer Preisgestaltung nur mit der Hälfte annimmt — eine Lohnhöhe wie sie bei uns noch in weiter Ferne liegt. Werden wir es in Deutschland je dahin bringen. Das ist eine Frage, die letzten Endes eine solche der gewerkschaftlichen Stärke ist.

Schließen sich die amerikanischen Gewerkschaften dem IWB wieder an? Auf die Frage, ob der Amerikanische Gewerkschaftsbund immer noch dem Wiederantritt an den IWB entgegensteht, antwortet der vom Amerikanischen Gewerkschaftsbund herausgegebene „Internationale Labor News Service“: „Der Kongreß des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes in Los Angeles bestätigt die Empfehlung, wonach die Anstrengungen fortgesetzt werden sollen, um eine betriebliche Lösung zu finden, die den Wiederantritt der amerikanischen Arbeiter an den IWB möglich macht.“

In diesem Zusammenhang mag gesagt werden, daß bereits nahezu 50 Proz. der Mitgliedschaft des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes durch ihre Berufsorganisationen den zur Aufständamer Richtung gehörenden Internationalen Berufssekretariaten (IWB.) angeschlossen sind, was ohne Zweifel als Zeichen der Annäherung gedeutet werden kann. Die Internationalen Berufssekretariate folgender Berufe zählen amerikanische Verbände zu ihren Mitgliedern: Diamantarbeiter, Bekleidungsarbeiter, Lebensmittelarbeiter, Hutmacher, Bergarbeiter, Maler und verwandte Gewerbe, Postarbeiter, Transportarbeiter, Internationale, Holzarbeiter. Diese IWB. zählen insgesamt 1 301 142 amerikanische Arbeiter zu ihren Mitgliedern.

Wer hat die lauberen Hände? Anlässlich der Moskauer Jubiläumsspielen hielt auch Tomski, der Vorsitzende des russischen Gewerkschaftsbundes, eine Rede, in der er über die internationalen Beziehungen der russischen Gewerkschaften u. a. sagte:

„Von unseren ersten Schritten an, bald nach der Eroberung der Macht, suchten wir unermüdet mit den west-

europäischen Gewerkschaften Verbindungen anzuknüpfen. Unsere Versuche blieben ergebnislos. Die Führer der westeuropäischen Gewerkschaftsbündnisse haben uns boykottiert. Die Hand, die wir der Amsterdamer Internationale entgegenstreckt hatten, wurde zurückgewiesen.“

Demgegenüber ist ohne Kommentar festzustellen, daß der IWB, wie aus offiziellen Feststellungen hervorgeht, „sofort nach seiner Gründung im August 1919, als kaum die Kationen verstimmt waren und der IWB, zum erstenmal zugemutet worden war, den russischen Brüdern die Hand zu fassen und sie gebeten hat, im Interesse des internationalen Proletariats einzuschlagen und die Einheitsfront aller europäischen Arbeiter zu gründen. Anstatt in die Hand einzuschlagen, hat man in die Hand gestupft. In demselben Augenblick, als unsere Arbeiter zum erstenmal in der Weltgeschichte reif wurden, den verfolgten, gemarterten Brüdern in einem realistischen Lande durch die Verhängung eines internationalen, wirtschaftlichen Boykotts zu Hilfe zu kommen, erließen unsere russischen Genossen den Aufruf gegen uns und gründeten gegenüber dem IWB. die Neue Gewerkschafts-Internationale.“ „Trotz dieser Verleumdungen und ihrer Verbreiter“, heißt es in der auf dem außerordentlichen Kongreß in London im Jahre 1920 angenommenen Resolution betr. die russischen Gewerkschaften, „richtet der Kongreß seinen Appell an das Proletariat Russlands sowie an alle anderen Arbeiter, die über die Ziele des IWB. irreführt wurden. Der Kongreß erklärt hiermit die volle Solidarität und Sympathie mit ihren Seiden und revolutionären Bestrebungen. Er ladet sie ein, sich dem IWB. anzuschließen und durch ihre Kampfkraft die den übrigen Proletariats zu stärken und so der Reaktion eine geschlossene Kampffront gegenüberzustellen.“

Der Großhandelsindex steigt weiter. Der mit dem Schluss vom 22. November errechnete Großhandelsindex zeigt wiederum eine Steigerung. Gegenüber der Vormache um 0,4 Punkte. Von den Hauptgruppen hat die Indizes für Agrarstoffe um 1,0 Proz. zugenommen. Die Indizes für Rohstoffe um 0,5 Proz. zugenommen, die Indizes für industriellen Rohstoffe und Halbwaren sowie der industriellen Fertigenwaren hat sich gegenüber der Vormache um 0,1 Proz. erhöht. Betrachtet man die Entwicklung der Großhandelspreise rückwärtig, so ergibt sich folgendes Bild:

	Agarstoffe	Rohstoffe und Halbwaren	Industrielle Fertigenwaren	Gesamtdurchschnitt
Juli	1927 137,5	132,3	147,1	137,6
August	1927 136,8	133,0	148,3	137,9
September	1927 138,9	134,1	150,7	139,7
Oktober	1927 137,7	134,0	152,9	139,9
15. November	1927 137,7	134,1	154,8	140,3
23. November	1927 139,1	134,3	155,0	140,9

Bei den Agrarstoffen ist die Mehrzahl insbesondere für pflanzliche Nahrungsmittel infolge höherer Preise für Brotgetreide, Weizen, Kartoffeln, Zucker und für Viehfütterungsmittel: Butter, Milch und Eier gestiegen. Bei den Fertigenwaren zeigen in der Hauptsache diejenigen ihre Steigerung fort, die in der Gruppe Konsumgüter zusammengefaßt werden. Dies bedeutet, daß die Verbraucherpreise für den Massenbedarf immer leichter werden. Um ganz genau die Steigerung der Lebenshaltungskosten an. Hierbei muß immer beachtet werden, daß die Mehrzahl der Großhandelspreise die Preisverhältnisse nicht richtig wiedergibt, sondern diese weit darüber hinausgehen.

Der Arbeiternutzen. Nach den neuen Veröffentlichungen der amerikanischen Statistik haben die Vereinigten Staaten 80 040 Kraftstoffbusse, von denen 32 000 Schulomnibusse sind. Diese Schulomnibusse sollen die Kinder aus weitem Bezirke planmäßig zusammenführen zu einer Schule, die dann mit besten Lehrkräften und besten Bildungseinrichtungen versehen wird.

Wie kein anderes Verkehrsmittel ist der bewußte Omnibus berufen, das sozialistische Wohnleben von heute zu verbinden mit den Anzeichen der Arbeit und der Kultur. Er kann ungeheuren Arbeitermassen die Freizeit retten, die heute durch stundenlange Wege zerstreut wird. Aber da wandern diese Massen dennoch täglich ihre Wege, wie die Kinder des Landes ihre Dorfstraßen aufsuchen. Von einer großartigen kulturellen und sozialen Wertvermehrung ist der deutsche Arbeiter noch weit entfernt.

Abrechnungen.

In der Woche vom 23. November bis 2. Dezember sind die Abrechnungen für das 3. Quartal aus Köln für den Bau 1 und aus Dresden für den Bau 5 bei der Hauptverwaltung eingegangen.

Un Gehaltungen kamen aus Köln 16 671,36 Mk., aus Dresden 14 741,47 Mk.

Berlin, den 2. Dezember 1927.

J. Sosaßl.

Für die Woche vom 11. bis 17. Dezember 1927 ist die Beitragsmarke für das 50. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu senden.

STERBETAFEL

Am 24. November 1927 verschied unsere Kollegin

Klara Erdmann

zuletzt beschäftigt in H. Meißner & Buch, im Alter von 45 Jahren, nach kurzer Krankheit, plötzlich und unerwartet und die Kollegin

Helene Nebe

zuletzt beschäftigt in L. G. Neumann, im Alter von 65 Jahren, nach langer Krankheit und Invalidität.

Den Verstorbenen bewahrt ein ehrendes Gedächtnis

Die Schriftf. Leipzig

Verantwortlich: Hr. Redaktion: A. Schütz. Charlottenburg, Westendstraße 18. Fernruf: Amt Weiden 1328. — Berlin: 9. Bezirk, Charlottenburg. — Druck: Bornhards-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.